



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/156 - 12. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-83
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Erler, MdB.: Abrüstung und Wiedervereinigung	S. 1
Absage an die Planbürokratie	S. 4
Gegen den politischen Missbrauch kirchlicher Organisationen	S. 6
Groteske Propaganda	S. 7
Anhang: Kommuniqué von der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 12.7.1957 in Bonn.	

Abrüstung und Wiedervereinigung

Von Fritz Erler, MdB.

Seit Monaten wird in London um die ersten Schritte zur Beendigung des Atomwetterüstens gerungen. West und Ost nehmen die Verhandlungen ernster als früher. Das Wissen um die Wirkungen der Wasserstoffbomben, welche ja beide Seiten besitzen, treibt die Grossmächte immer wieder an den Verhandlungstisch. Die Vereinigten Staaten haben durch ihren Abrüstungsbeauftragten Stassen ein ganzes Bündel neuer Vorschläge auf den Tisch gelegt. Die Sowjetunion hat diese Vorschläge bisher nicht angenommen, sondern Gegenvorschläge gemacht. Es ist aber erkennbar, dass die Standpunkte beider Seiten in einer Reihe von Fragen einander nähergerückt sind, vor allem aber, dass beide Seiten unter allen Umständen im Gespräch bleiben wollen und werden.

Seit langem ist es offensichtlich, dass bei der Erörterung des Abrüstungsproblems vier Fragen nicht voneinander getrennt werden können: Atomwaffen, herkömmliche Waffen, Kontrolle und politische Fragen. Es ist sicher, dass die Sowjetunion einer fühlbaren Herabsetzung ihrer herkömmlichen Streitkräfte nicht zustimmt, wenn nicht auf der anderen Seite die Atomwaffen begrenzt werden, weil sie sich sonst der Überlegenheit der Amerikaner auf diesem Gebiet gegenüber sehe. Ebenso sicher werden die Westmächte keine Verringerung ihres Atompotentials dulden, wenn sie dann der grossen Überlegenheit der sowjetischen klassischen Streitkräfte ausgesetzt wären. Die Westmächte bestehen auch - zu Recht - auf wirksamen

12. Juli 1957

Kontrollen, damit man sich auf die Durchführung getroffener Vereinbarungen auch verlassen kann. Und schliesslich dürfte es wohl feststehen, dass ohne einen Abbau der weltpolitischen Spannungen und des aus ihnen folgenden Misstrauens auch keine dauerhaften Lösungen auf dem Gebiete der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen gefunden werden können.

Die Frage, ob die Spannungen das Wettrüsten verursacht haben oder das Wettrüsten Ursache der Spannungen ist, läuft auf die bekannte Frage hinaus, was eher da war: die Henne oder das Ei. Das Wettrüsten ist sowohl Ausdruck der internationalen Spannungen als auch seinerseits eine Ursache zu ihrer Verschärfung. Infolgedessen wird man auch nicht sagen können: erst die Spannungen beseitigen, dann kann abgerüstet werden; oder erst abrüsten, dann kann man die Spannungen beseitigen.

Politik der Abrüstung und Politik der Entspannung gehören vielmehr zusammen. Wer jetzt nach Atomwaffen ruft, kann keine ernsthafte Politik der Entspannung betreiben. Und wer jetzt die Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion schürt, verhindert damit auch die Abrüstung.

Das deutsche Volk ist wie alle anderen Völker an der Abrüstung einmal deshalb interessiert, weil es endlich ohne Furcht vor einem drohenden Atomkrieg leben will. Es ist aber ausserdem an der Abrüstung interessiert weil Deutschland auf jeden Fall gespalten bleibt, solange das Wettrüsten weitergeht. Ohne Fortschritte der Abrüstung behalten beide Seiten ihre militärischen Positionen auf deutschem Boden bei, gibt es keine Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Bundesregierung hat versucht, die Westmächte darauf festzulegen, dass die Abrüstung einfach so lange verboten wird, so lange Deutschland nicht zu den Bedingungen der Westmächte (d.h. mit dem Recht der Mitgliedschaft im Atlantikpakt) wiedervereinigt wird. Diese Politik beruht auf einer Fehleinschätzung des Interesses der anderen Mächte an der Abrüstung. Sie beruht auf der Vorstellung, dass die Sowjetunion stärker an der Abrüstung interessiert sei als der Westen. Immerhin eine merkwürdige Vorstellung bei Leuten, die sonst unserem Volk stets die drohende Gefahr eines russischen Überfalls vor Augen führen.

In Wahrheit ist - zumal unter dem Druck der öffentlichen Meinung, welche auch in den Vereinigten Staaten die Folgen eines Atomkrieges

für das eigene Land zu begreifen beginnt - der Westen genau so stark an einer Abrüstungsvereinbarung interessiert wie die Sowjetunion. Die Gefahr, dass man den Weg zur Abrüstung beschreitet, ohne die deutsche Frage zu lösen, wird riesengross, solange sich die deutsche Regierung darauf beschränkt, Bedenken gegen bestimmte Abrüstungsvorschläge zu erheben, ohne eigene Vorschläge zu machen, welche die Abrüstung mit der Wiedervereinigung verbinden. Man kann zwar Deutschland nicht wiedervereinigen, ohne abzurüsten; man kann leider Abrüstungsvereinbarungen auf der Grundlage der deutschen Teilung treffen. Sie würden sich zwar nicht als haltbar erweisen. Der Zündstoff der deutschen Teilung würde später zu neuen Konflikten und zu einem neuen Rüstungswettlauf führen. Aber dennoch besteht diese Gefahr, so lange die deutsche Politik ihr nicht mit kluger Initiative begegnet.

Die Initiative sollte darin bestehen, zunächst einmal ehrlich und ohne Winkelzüge die ersten Schritte in Richtung auf ein Kontrollsystem zur Verbesserung des Klimas für weitere Abrüstungsbestrebungen und politische Bemühungen zu unterstützen. Die angeblichen Gefahren dieser ersten Schritte bildet man sich bei uns nur ein. Diese Einbildung ergibt sich aus der Unbeweglichkeit der amtlichen deutschen Politik.

Dann aber sollte man mutig die Kernfrage für Abrüstung und Wiedervereinigung zugleich anpacken. West und Ost diskutieren über die Truppenstärken auf konventionellem Gebiet. Dabei drängt sich doch die Frage auf, wieviel Truppen eigentlich ein wiedervereinigtes Deutschland etwa haben könne oder müsse, wenn z.B. die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten über je 1 1/2 Millionen Mann, Frankreich und Grossbritannien über je 650 000 Mann verfügten.

Wenn man diese Frage angeht, ist man mitten in der Diskussion um den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland. Denn selbstverständlich soll ein wiedervereinigtes Deutschland nicht nur frei sein, sondern sich auch einer gesicherten Freiheit erfreuen. Seine Sicherheit wird ausser in dem Beitrag mit Hilfe seiner eigenen militärischen Anstrengungen vor allen beruhen müssen auf vertraglichen Vereinbarungen, welche in Europa die mit der Wiedervereinigung Deutschlands und mit der Beseitigung der Stellungen der Roten Armee auch in Ostern Europas hergestellte Friedensordnung garantieren. Ohne eine aktive Unterstützung der Vereinigten Staaten ist eine solche Lösung nicht zustande zu bringen.

Wird diese Diskussion mit den westlichen Verbündeten rechtzeitig geführt, dann ist die deutsche Politik nicht mehr ein Kammschuh auf dem Weg zur Abrüstung, sondern kann fördern sie Abrüstung, Entspannung und Wiedervereinigung zugleich. Darauf kommt es an. Aber dieser Frage ist die Bonner Regierung bisher stets ausgewichen. Man wird wohl nur an sie herankommen, wenn man die Regierung wechselt.

* * *

Zwei Tage vor der Umwälzung in der UdSSR

Bevor man in der UdSSR die Ausbootung der alten Stalinisten aus Regierung und Zentralkomitee der Partei bekanntgab - dieses Ausscheiden erfolgte nach Beschluss des Zentralkomitees vom 29.6., die Bekanntgabe jedoch erst am 4.7.57 - erschienen viele Artikel in der Sowjetischen Presse, die auf die Erfolge der letzten Jahre hinwiesen. Als Beispiel diene auch der Beitrag des Handels-Ministers der UdSSR, D.W. Pawlow, in der "Prawda" vom 2. Juli 1957. Er führte darin u.a. aus:

"Im Zentrum der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei und der sowjetischen Regierung steht die Aufgabe, den Wohlstand der sowjetischen Menschen zu heben und die maximale Befriedigung ihrer unaufhörlich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse zu sichern. Dieses Bestreben spiegelt sich wider in der erhöhten Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern sowie in der Erweiterung des sowjetischen Handels.

In Jahre 1954 wurden in unserem Lande für 480 Milliarden Rubel Lebensmittel und industrielle Gebrauchsgüter verkauft, im Jahre 1955 für 540 Milliarden Rubel und in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres für 291 Milliarden Rubel. Das sind um 38 Milliarden Rubel oder 15 % mehr als für dieselbe Zeitspanne im Jahre zuvor. Einen ähnlichen erhöhten Warenumsatz im Laufe eines einzigen Halbjahres hatten wir bis jetzt noch nicht. Bis zum Kriege betrug der Warenumsatz je Kopf der Bevölkerung 914 Rubel; im Jahre 1955 waren es 1.844 Rubel, und im Jahre 1957 werden es, wie zu erwarten ist, 2.140 Rubel sein (in Vergleichspreisen des Jahres 1940).

Die Erfolge bei der Urbarmachung des Neulands, der Vergrößerung der Getreiderträge und der Vermehrung des gemeinwirtschaftlichen Viehbestandes, wirkten sich günstig auf die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Milch, Fett und anderen Produkten aus. Im staatlichen und kooperativen Handel, den Verkauf auf den Kolchosmärkten nicht eingerechnet, werden in diesem Jahre um 22 % mehr Fleisch verkauft werden als im Vorjahre, um 48 % mehr Milch und Milchprodukte, um 35 % mehr Fett, 37 % mehr Eier, 18 % Pflanzenfett und um 30 % mehr Zucker. Allein im Laufe von fünf Monaten dieses Jahres vergrößerten die Kolchosen und Sowchosen die Milchproduktion um 2.000.000 Tonnen. Im staatlichen und kooperativen Handelsnetz fielen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Kolchos-Märkten und erlaubten der städtischen Bevölkerung fünf Milliarden Rubel einzusparen. Die Preise auf den Kolchosmärkten werden in diesem

Jahr noch weiter fallen.

Auch unsere Industrie produziert immer mehr Massengebrauchsartikel, erweitert ihre Auswahl und verbessert die Qualität der Erzeugnisse. Im vorrevolutionären Russland kam z.B. ein Fahrrad auf eine ganze Gemeinde oder sogar auf einen ganzen Kreis... Nun hat fast jede dritte Familie ein Fahrrad. In diesem Jahr werden 3,4 Millionen Fahrräder hergestellt werden. Im Jahre 1955 wurden 19,2 Millionen Uhren verkauft; in diesem Jahr werden 24 Millionen Uhren zum Verkauf gelangen. Der Verkauf von Radio- und Fernsehgeräten erhöhte sich von 3.957.000 auf 4,5 Millionen Stück; Fotoapparate von 971 000 auf 1.214.000, Nähmaschinen von 1.647.000 auf 2.534.000, Motorräder von 216 000 auf 295 000, Haushalts-Kühlschränke von 144 000 auf 296 000 Stück. Der Verkauf von Wollstoffen stieg von 6,7 Milliarden Rubel auf 12,4 Milliarden Rubel, bei Seidenstoffen von 12,6 Milliarden auf 19,2 Milliarden Rubel, und bei fertiger Kleidung von 40,3 Milliarden auf 47,3 Milliarden Rubel. Und so ist es auch mit anderen Waren. Trotzdem ist notwendig zu bemerken, dass, ungeachtet des schnellen Wachstums der Erzeugung, der Bedarf der Bevölkerung an solchen Waren bei weitem nicht gedeckt wird.

D.W. Pawlow stellt in seinem Artikel in der "Prawda" dann die Frage: "Welche Massnahmen werden nun getroffen, um die Käufer besser zu bedienen?" und beantwortet sie selbst durch folgende Aufzählung: Spezialisierung der Geschäfte; grössere Auswahl von Waren nach Sorte, Grösse, Farbe und Fassung; Erweiterung des Warenumsatzes besonders durch Aufteilung des Einzelhandels in Branchen; fortschrittlichere Formen der Verteilung wie Selbstbedienung, Lieferung von Waren ins Haus; Aufstellung von Selbstbedienungs-Automaten in den grossen Städten.

Wichtigster Punkt aber ist: Die Bildung von Volkswirtschaftsräten und die Liquidierung einer Reihe Industrieministerien sollen die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Handelsorganisationen und den Industrieunternehmen vereinfachen. Das war zugleich mit der Vorankündigung wichtiger personeller Veränderungen in der sowjetischen Führung eine Absage an die allumfassende staatliche Planung, die in der Vergangenheit viel Bürokratismus und Wirrwarr schuf. So war der Artikel ein publizistisches Beispiel. Er verwies auf notwendige Änderungen, auf die "Schuldigen", machte Versprechungen für die bessere Zukunft und zeigte die Wege, auf denen man sie anstrebt. Doch man muss schon lange in Russland leben, um seine Ankündigungen zu verstehen - die westlichen Beobachter haben aus ihm, zwei Tage vor der Veränderung in der sowjetischen Führung, nichts zu entnehmen vermocht.

* * *

Der "Freiheit" zum Gruss!

sp. Die in Mainz erscheinende sozialdemokratische Zeitung "Die Freiheit" kann heute auf ihr 10-jähriges Bestehen zurückblicken. Ihr bisheriger Chefredakteur, G. Markscheffel, leitet seit Beginn dieses Jahres den "Sozialdemokratischen Pressedienst" in Bonn. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer übermittelte der "Freiheit" nachstehenden Gruss:

"Zu ihrem 10-jährigen Geburtstag übermittle ich der "Freiheit" die Glückwünsche des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wie wenige Zeitungen in der Bundesrepublik hat die "Freiheit" seit ihrem Bestehen mutig und kompromisslos die Politik der Sozialdemokratie vertreten und auch in Zeiten die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz und weit darüber hinaus über das Wollen der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet, in denen die damalige Besatzungsmacht Presseorganen mit einer sogenannten Überparteilichkeit den Vorzug gab. Erscheinungsverbot für die Zeitung und Berufsverbot für den Chefredakteur waren die Folgen. Trotz nachweisbarer Benachteiligung durch mangelnde Papierzuteilung und Einengung ihrer technischen Möglichkeiten konnte sich die "Freiheit" zu einem Organ von beachtlicher politischer Bedeutung entwickeln. Für die Leistung sei heute allen gedankt, die stets mit unverminderter Kraft und grossem Idealismus der "Freiheit" ihren wirtschaftlichen Bestand sicherten und ihr das politisch-journalistische Gepräge gaben. Die "Freiheit" ist eine Zeitung mit Charakter. Sie macht ihrem Namen Ehre. Alle ihre Mitarbeiter dürfen nach 10-jähriger harter Arbeit stolz darauf sein, ein Fundament geschaffen zu haben, von dem aus eine weitere Entwicklung möglich sein sollte".

* * *

Katholische Frauen protestieren

sp- In einer einstimmig gefassten Entschliessung an den E.E. Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger wandte sich dieser Tage die SPD-Frauengruppe Paderborn anlässlich ihrer Monatsversammlung gegen eine Veranstaltung katholischer Verbände, die zu Wahlversammlungen der CDU degradiert werden. Aktueller Anlass bot in diesem Falle eine am vergangenen Wochenende abgehaltene Tagung der kath. Frauen- und Müttervereine des Paderborner Landes. Die Entschliessung lautet:

"Exzellenz!

Die Frauengruppe des Ortsvereins Paderborn der Sozialdemokratischen Partei hat mit Bedauern davon Kenntnis nehmen müssen, dass eine Tagung katholischer Frauen- und Müttervereine im Paderborner Kolpinghaus zur einseitigen Propaganda für die CDU benutzt wurde. Dabei wandte sich Frau Dr. med. Pannhoff, Ahlen, als Referentin mit Argumenten gegen die SPD, die weder der Wahrheit noch der politischen Auffassung unserer Partei entsprechen. Wir begrüssen es gewiss, wenn auch die kirchlichen Organisationen um die politische Willensbildung ihrer Mitglieder ehrlich besorgt sind. Nur darf diese Ausrichtung nicht so einseitig zugunsten einer Partei erfolgen, die in ihrer praktischen Arbeit doch wahrlich viele Wünsche christlicher Zielsetzung offenlässt; oder zu Ungunsten der SPD, die um eine aufrechte Zusammenarbeit mit den Kirchen bemüht ist. Die kirchlichen Verbände sollten zumindest auch den Mut finden, ihren Mitgliedern die sozialdemokratische Auffassung durch Vertreter der SPD interpretieren zu lassen. Unsere Frauengruppe ist die grösste politische Frauengruppe in Paderborn. Von ihren Mitgliedern sind mehr als 70 Prozent katholisch. Sie möchten Ihnen, Exzellenz, mit dieser einstimmig gefassten Resolution die herzliche Bitte antragen, gerade jetzt vor der Bundestagswahl für eine saubere, faire Haltung der katholischen Organisationen besorgt zu sein."

* * *

Nicht im Einklang mit dem Beamtengesetz

FB. Der Wahlkampf treibt manchmal tolle Blüten. Nicht nur in den kleinen Dörfern, wo man, der allgemeinen Aufmerksamkeit entzogen, mit der Wahrheit noch weniger glimpflich verfährt als in den grossen Versammlungen der CDU, auch an grünen Holze, in den Ministerien, wird eine zum Teil groteske Wahl-Propaganda betrieben.

So fanden beispielsweise in diesen Tagen sämtliche Bedienstete im Bundeswirtschaftsministerium ein achtseitiges anonymes Schreiben vor, in dem manter für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der CDU Propaganda getrieben wird. Nach Art und Aufmachung dieses Schriftstückes ist mit Sicherheit der Schluss zu ziehen, dass es im Bundeswirtschaftsministerium selbst hergestellt worden ist. Es enthält alle die Zahlen, die die Bundesregierung im Wahlkampf verwenden wird, um zu beweisen, dass es in der Bundesrepublik nur Wohlstand gibt und es nurmt für die Bundesregierung selbst in Anspruch, was die anderen getan haben. So wird beispielsweise selbst die Senkung der Kaffee-, Zucker- und Te-
baksteuer als Erfolg der Bundesregierung gefeiert, obwohl gerade im Bundeswirtschaftsministerium bekannt sein sollte, dass diese Senkungen von der SPD gegen den härtesten Widerstand der Bundesregierung durchge-
setzt werden mussten.

Dieses Pamphlet enthält aber auch Formulierungen, die man nicht durchgehen lassen kann, wie "der volkszersetzende sozialistische Materialismus muss niedergedrungen werden".

Es bleibt zu fragen, was der Bundeswirtschaftsminister zu tun gedenkt, um eine derartige parteipolitische Propaganda in seinem Hause zu unterbinden. Sie dürfte mit dem Beamtengesetz nicht im Einklang zu bringen sein, er müsste zumindest ein Ermittlungsverfahren gegen "Unbekannt" anstrengen.

Aber viel interessanter und lustiger ist die politische Seite der Angelegenheit. Wenn anonyme und besorgte CDU-Propagandisten sich selbst verpflichtet fühlen, im Bundeswirtschaftsministerium Reklame für die CDU zu treiben, dann dürfte es doch nicht gut um die Durchschlagskraft der CDU-Argumente bestellt sein. Wenn man schon an grünen Holze, im Bundeswirtschaftsministerium, Aufklärungsarbeit leisten muss, dann kann man sich nicht wundern, dass in Volke die Meinungen sehr geteilt sind, wer vom Wirtschaftswunder profitiert hat.

Kommuniqué von der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 12. Juli 1957 in Bonn

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm in seiner heutigen Sitzung nach einem Referat des Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, über die durch Bundeskanzler Adenauer hervorgerufene Verschärfung des Wahlkampfes in einer einstimmig angenommenen Resolution wie folgt Stellung:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erblickt in den Wahlreden des Bundeskanzlers und Bundesvorsitzenden der CDU, Konrad Adenauer, eine Verwilderung der politischen Sitten und ein Abgleiten des Wahlkampfes auf das Niveau der Unzuständigkeit. Die Behauptung des Bundeskanzlers, am Wahlsieg der SPD würde der Untergang Deutschlands bedehen, ist nicht nur eine Verdrehung der Wahrheit, sondern auch eine bewusste Verunglimpfung vieler Millionen Deutscher.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht notwendig, sich mit einer solchen Verleumdung auseinanderzusetzen. Sie hat aber das Recht und die Pflicht, das deutsche Volk darauf aufmerksam zu machen, dass Adenauer mit der Einführung derartiger Wahlkampfmethoden zusätzlich zu der durch die Nachkriegsentwicklung bedingten Spaltung unseres Vaterlandes nun auch noch die Spaltung unseres Volkes in zwei Teile Deutschlands betreibt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, sich von einem Mann zu trennen, der in seinem kammungslosen Willen zur Alleinherrschaft und in seinem Haß gegen die Sozialdemokratie jeden Sinn für Sachlichkeit, für Respekt vor einer ehrlichen gegnerischen Auffassung und für ein würdiges Austragen politischer Gegensätze verloren hat.

Der Entschluss der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, sich nicht mit Adenauer an einen Tisch zu setzen, wird vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßt. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten haben mit ihrem Entschluss jenen Gefühlen Ausdruck gegeben, die alle Anständigen in unserer Volke nach den Reden Adenauers in Bamberg, Kiel und Nürnberg bewegen.

Im Interesse der Erhaltung der politischen Sauberkeit und der demokratischen Grundrechte in unserem Volke werden die Sozialdemokraten mit ihrer ganzen Kraft im Wahlkampf sachlich und fair kämpfen. Die Sozialdemokratie wird den ehrlichen politischen Gegner respektieren, aber rücksichtslos diejenigen in ihre Schranken zurückweisen, die keinen Sinn für Anstand und Gerechtigkeit haben.

Alle Staatsbürger sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass die Freiheit in Deutschland nicht wieder einmal durch die Alleinherrschaft einer Partei und eines Mannes in Gefahr gebracht wird.

(Die Sitzung dauerte bei Refraktionschluss noch ca.)